

Tobias Haas • Tobias Kalt • Patrick Klösel • Stefan Schoppengerd •  
Jenny Simon • Markus Wissen\*

## Editorial: Widersprüche »grüner« industrieller Transformation

Nachdem in den letzten Dekaden vor allem marktbasierete Ansätze die Klimapolitik dominierten, beeinflusst in den letzten Jahren die Klimakrise zunehmend industriepolitische Transformationsstrategien – ausgehend von den USA und als Effekt des Handelskonflikts mit China. Unternehmen und staatliche Politik haben in jüngerer Zeit ihre Anstrengungen verstärkt, um Produktionsprozesse energetisch und stofflich zu dekarbonisieren. Statt mit fossilen Energieträgern soll in Zukunft auf der Grundlage von grünem Wasserstoff und Strom aus erneuerbaren

Energien produziert werden. Dort, wo bei Produktionsprozessen weiterhin Kohlendioxid anfällt, soll im Rahmen von Net-Zero-Strategien insbesondere Kohlendioxid aufgefangen und unterirdisch gespeichert werden, um zu verhindern, dass es in die Atmosphäre gelangt (CCS, *Carbon Capture and Storage*; siehe den Beitrag von Tobias Haas, Alina Brad und Etienne Schneider). Mit dem Ziel der Klimaneutralität (in der EU bis 2050, in Deutschland bereits bis 2045) steht nun auch die industrielle Produktion, die lange Zeit unter dem Radar der Klimapolitik agierte, vor Umbrüchen. Dies

---

\* **Tobias Haas**  arbeitet am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit – Helmholtz Zentrum Potsdam (RIFS) zu CO<sub>2</sub>-Entnahme im Rahmen des BMBF-geförderten Projekts CDR-SynTra (Förderkennzeichen: 01LS2101E). Er ist Mitglied der Redaktion der PROKLA. | **Tobias Kalt**  ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Europa-Universität Flensburg und forscht zum Nord-Süd-Verhältnis in der globalen Energiewende und Fragen globaler sozial-ökologischer Transformation. | **Patrick Klösel** promoviert in Berlin und Potsdam zu Methoden der Klimafolgenforschung und ist Koautor von *Kapitalismusanalysen. Klassische und neue Konzeptionen der Politischen Ökonomie*. | **Stefan Schoppengerd**  ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) und Koordinator des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« (HWR Berlin/Rosa-Luxemburg-Stiftung). | **Jenny Simon**  ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Europa-Universität Flensburg und PROKLA-Redaktionsmitglied. Sie forscht zu Fragen der internationalen politischen Ökonomie mit besonderem Interesse für Transformationsdynamiken der Weltwirtschaft und Möglichkeiten ihrer sozial und ökologisch gerechten Gestaltung. | **Markus Wissen**  ist Redakteur der PROKLA und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er lehrt und forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

wirkt sich aus auf die Beschäftigungsverhältnisse, das Verhältnis zwischen Finanz- und Industriekapital, die Formen der Konkurrenz im industriellen Bereich, die Rolle des Staates und die Nord-Süd-Beziehungen.

Auf Seiten der Industriepolitik lässt sich schon seit längerem ein Paradigmenwechsel beobachten. Lange Zeit dominierten breit angelegte horizontale Ansätze, mit denen gemäß der neoliberalen Logik die allgemeinen Wettbewerbsbedingungen verbessert, »Marktversagen« korrigiert, Monopolbildung verhindert und Infrastrukturen bereitgestellt werden sollten, die allen Wirtschaftszweigen zugutekommen. Gezielte sektorale Eingriffe zugunsten von Schlüsselindustrien bergen in dieser Sichtweise die Gefahr, den Markt zu verzerren, das Überleben nicht-wettbewerbsfähiger Branchen künstlich zu verlängern und eine Fehlallokation knapper Ressourcen zu begünstigen (Abels/Bieling 2022). Faktisch wurden die neoliberalen Dogmen jedoch vielfach ignoriert. Das galt vor allem in der europäischen Regionalpolitik (Tömmel 1994). Mittlerweile werden sie aber auch konzeptionell zunehmend infrage gestellt: Angesichts der klimapolitischen Herausforderungen und der ökonomischen Erfolge von staatskapitalistischen Ökonomien wie der Chinas (siehe dazu PROKLA 208) hat sich der industriepolitische Diskurs der EU in Richtung einer »strategischen Autonomie« verschoben, die sich ohne eine intensivere und gezieltere staatliche Intervention kaum erreichen lässt (Sablowski u.a. 2022). Wissenschaftlich

kann sich die programmatische Verschiebung auf Befunde aus der Innovationsforschung stützen. Diese betonen die Rolle des »Unternehmerstaats« (Mazucato 2014), der Innovationsprozesse initiiert und dynamisiert sowie die Märkte für die daraus hervorgehenden Produkte schafft.

Der Paradigmenwechsel manifestiert sich in einer staatsinterventionistischen Wende zugunsten einer vertikalen Industriepolitik, die sich gezielt gerade auch an solche Branchen oder Unternehmen richtet, die für die Dekarbonisierung in einem Kontext verschärfter internationaler Konkurrenz als strategisch wichtig erachtet werden. Eine entsprechende Maßnahme ist der *Net Zero Industry Act* (NZIA), der im März 2023 von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde. Er definiert grüne Schlüsseltechnologien – sogenannte »Netto-Null-Technologien« wie Photovoltaik, Wärmepumpen, Elektrolyseure oder CO<sub>2</sub>-Speicherung –, in denen die EU einen größeren Anteil an der Wertschöpfung innerhalb Europas generieren möchte, auch um ihre internationale Technologieführerschaft und Konkurrenzposition zu stärken und die Abhängigkeit von China zu reduzieren. Im Rahmen des Investitionsförderungsprogramms *InvestEU* sichert der Staat die Investitionsrisiken ab, die private Unternehmen bei der Entwicklung der grünen Schlüsseltechnologien eingehen (sogenanntes *Derisking*; siehe den Beitrag von Lorena Herzog). Diese Instrumente sind auch als europäische Antwort auf den US-amerikanischen *Inflation Reduc-*

tion Act (IRA) zu verstehen, der im August 2022 in Kraft getreten ist. Der IRA zielt darauf ab, unter anderem durch gezielte Subventionen sowohl die Entwicklung als auch die industrielle Produktion von grünen Technologien in den USA anzukurbeln. In Deutschland soll der Klima- und Transformationsfonds (KTF) den grünen Industriebau voranbringen.

Allerdings ist der industriepolitische Paradigmenwechsel umkämpft und mit Hindernissen konfrontiert, die sich in der EU nicht zuletzt aus der primärrechtlichen Verankerung der Austeritätspolitik ergeben. In Deutschland wurde dies durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 unterstrichen: Demzufolge verstößt die Verschiebung nicht abgerufener Gelder aus dem Corona-Sondervermögen in den KTF gegen die Schuldenbremse und ist folglich verfassungswidrig. Das Urteil zeigt das Spannungsverhältnis von industriellem Umbau und Austeritätspolitik auf.

Das wirft zugleich ein Schlaglicht auf die Frage nach der Finanzierung der industriellen Transformation. So wird etwa im *European Green Deal* (EGD) der öffentliche Finanzierungsbedarf innerhalb von zehn Jahren auf eine Billion Euro beziffert. Hinzu kommen erhebliche Privatinvestitionen. Um diese entsprechend zu kanalisieren, wurde auf EU-Ebene unter anderem eine grüne Taxonomie verabschiedet, die nach starken Auseinandersetzungen unter gewissen Voraussetzungen auch Atomkraft und Investitionen in

Gasinfrastrukturen als grün klassifiziert (Plehwe u.a. 2024). Darin offenbart sich ein zweites Problem des anvisierten Übergangs in eine post-fossile industrielle Produktion: die Beharrungskräfte von Kapitalfraktionen, denen an einer Fortführung des fossilen und atomaren Entwicklungspfads gelegen ist, deren Interessen in den staatlichen Apparaten nach wie vor stark verankert sind und die in jüngerer Zeit wieder Aufwind haben (Zeller 2023).

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach den klassenpolitischen Implikationen der industriellen Transformationsprozesse. Im Gegensatz zum Kohleausstieg, der zu einer Abwicklung eines bestehenden Industriezweigs führt, stehen etwa die Stahl- oder die Chemieindustrie vor der Frage, welche Technologien künftig eingesetzt werden und wie es gelingen könnte, Wertschöpfung und Beschäftigung zu erhalten (siehe den Beitrag von *Stefan Schoppengerd*). Das erleichtert es auch den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften, Strategien für eine ökologische Transformation zu entwerfen, die sich nicht in erster Linie als bedrohlich darstellen. Dennoch stellt sich auch hier die Frage, welchen Neubewertungen das Arbeitsvermögen und die Kreativität der Beschäftigten im Zuge der Transformation unterliegen, wie sich betriebliche Kräfteverhältnisse in der Reorganisation von Arbeitsprozessen entwickeln, welche strategischen Ansatzpunkte es gibt, um den industriellen Wandel mit progressiver Gewerkschaftspolitik zu verbinden, und welchen Beitrag das »verkörper-

te Umweltwissen« der Arbeiter\*innen (Schaupp in diesem Heft) zu einer sozial-ökologischen Transformation zu leisten vermag.

Der industriepolitische Paradigmenwechsel zugunsten einer Dekarbonisierung hat wichtige internationale Implikationen. So ist es denkbar, dass Teile der energieintensiven Grundstoffindustrie in solche Regionen verlagert werden, die aufgrund ihres Sonnen- und Windreichtums mit niedrigeren Produktionskosten und großen Potenzialen für die Erzeugung grünen Wasserstoffs locken (der sogenannte *renewables pull*). Mit Ländern wie Namibia, Südafrika oder Indien hat die deutsche Bundesregierung bereits »Wasserstoffpartnerschaften« abgeschlossen. Nicht auszuschließen ist, dass dort künftig auch die wasserstoffbasierten Vorprodukte grünen Stahls hergestellt werden, die mit geringerem Aufwand als Wasserstoff über große Distanzen transportiert werden können. Für die sonnen- und windreichen Länder resultieren daraus unter Umständen neue Chancen, ihren Wettbewerbsvorteil zu nutzen, den Aufbau grüner Industrien voranzutreiben und industrielle Wertschöpfung sowie Beschäftigung anzuziehen.

Vorstellbar wäre jedoch auch ein grüner Extraktivismus, der die Länder des Globalen Südens und der europäischen Peripherie auf die Rolle von Lieferanten von Wasserstoff und kritischen Rohstoffen für den grünen Industrieumbau im Globalen Norden festschreibt. In jedem Fall hat die Dekarbonisierung Folgen für die Wert-

schöpfungsketten, die den Globalen Süden und den Globalen Norden miteinander verbinden. Die bereits in der PROKLA 198 thematisierte Reorganisation der globalen Stoffströme und der internationalen Arbeitsteilung dürfte durch die Bemühungen um einen post-fossilen Kapitalismus einen weiteren Schub erhalten (siehe den Beitrag von *Jenny Simon, Anne Tittor und Tobias Kalt*).

Ein blinder Fleck des industriepolitischen Paradigmenwechsels und der verfolgten oder sich abzeichnenden Dekarbonisierungsstrategien sind die Fragen in der Produktion: »Wie viel?« und »Zu welchem Zweck?«. Die Dekarbonisierung ist wesentlich eine *Konsistenz-Strategie*. Es geht um eine Veränderung der stofflichen und energetischen Grundlage der Produktion. Nicht thematisiert wird dagegen die *Suffizienz-Problem*atik. Die Volumina der Produktion und des Energieverbrauchs gelten als gesetzt beziehungsweise als Resultat von Marktbewegungen, die öffentlich und demokratisch weder beeinflusst werden können noch sollen.

Statt eine Reduktion auf das anzustreben, was gesellschaftlich notwendig und wünschenswert ist, wird von einer weiteren Steigerung ausgegangen. Auch ein post-fossiler Kapitalismus ist expansiv – und als solcher mit einem grundlegenden, in der Degrowth-Debatte aufgeworfenen Problem konfrontiert: dem der absoluten Entkopplung einer wachsenden Ökonomie vom Naturverbrauch. Dass dieses Problem unter grün-kapitalistischen Vorzeichen lösbar ist, erscheint mehr als fraglich

(Hickel/Kallis 2020; siehe die Beiträge von *Lukas Geisler*, *Klaus Meier* und *Lasse Thiele* in diesem Heft). Zu erwarten ist vielmehr, dass Fortschritte im Hinblick auf die Konsistenz (und Effizienz) der Produktion durch das Wirtschaftswachstum überkompensiert werden, sodass der Rohstoffverbrauch weiter steigt und die Emissionen nicht in dem Maße reduziert werden können, wie es für die Erreichung der Ziele aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015 nötig wäre.

Die Dekarbonisierung der Industrie wirft also viele Fragen auf: im Hinblick auf die Dynamiken internationaler Konkurrenz, die Nord-Süd-Beziehungen, die Industriepolitik, die fossilen Beharrungskräfte, die gewerkschaftlichen Strategien und nicht zuletzt im Hinblick auf die Möglichkeit einer viel weiter gehenden, *post-kapitalistischen* statt nur *post-fossilen* Transformation. Offen ist, ob und inwieweit Dekarbonisierungsstrategien sich durchsetzen; inwieweit wir uns also überhaupt auf dem Weg in einen »post-fossilen Kapitalismus« befinden, wie dieser sich gestaltet, wie sich die Interessen »grüner« mit denen fossiler Kapitalfraktionen verbinden und inwiefern sich an den Widersprüchen eines post-fossilen Kapitalismus Konflikte entzünden, in denen weitergehende transformative Potenziale sichtbar werden. Dies entscheidet sich in aktuellen und künftigen Transformationskonflikten (siehe dazu PROKLA 210), in denen verschiedene Hegemonieprojekte um ihre Verallgemeinerung kämpfen (Sander 2023). In den Beiträgen zum vorliegenden

Schwerpunkt werden die einschlägigen Kräfteverhältnisse, Tendenzen und Gegendenden beleuchtet sowie die institutionellen und strukturellen Bedingungen, unter denen sie sich entfalten.

*Jenny Simon*, *Anne Tittor* und *Tobias Kalt* untersuchen durch die Linse des postfossilen Extraktivismus, wie sich die globale Wasserstoffwirtschaft herausbildet. Sie betrachten die deutschen (und europäischen) Strategien sowie Dynamiken, die sich in den anvisierten Exportländern Südafrika, Namibia, Argentinien und Chile zeigen. Im Beitrag zeigen sie den umkämpften und widersprüchlichen Charakter der Wasserstofftransformation auf und argumentieren, dass die Entwicklung der Wasserstoffökonomie im Kontext einer Krise der fossilen Formation zwar Dekarbonisierungsziele verfolgt, der Sektor aber erheblich durch fossile Interessen und Strukturen gekennzeichnet ist, die sich zuletzt verfestigt haben. Zudem verfestigt die Ausrichtung der globalen Wasserstoffökonomie extraktivistische Muster, die in den künftigen Exportländern im Globalen Süden eine eigenständige grüne Industriepolitik erschweren und sozial-ökologische Risiken und Konflikte verursachen.

*Lasse Thiele* untersucht die Auswirkungen jüngster globaler Krisenentwicklungen auf das Kräfteverhältnis zwischen den Hegemonieprojekten eines »grünen« und eines fossilen Kapitalismus. Dafür analysiert er, wie eine Phase neuer Industriepolitik und geopolitischer Spannungen die Durchsetzungsperspektiven eines grünen Hegemonieprojekts beein-

flusst. Er kommt zu dem Schluss, dass die Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis ambivalent sind: Zwar verbessern sich die infrastrukturellen Voraussetzungen für ein grünes Hegemonieprojekt, während allerdings gleichzeitig die Beharrungskräfte des fossilen Hegemonieprojekts stärker werden.

*Lorena Herzog* betrachtet das Investitionsprogramm InvestEU, einen Pfeiler des EGD. Mit dem Programm zielt die Europäische Kommission darauf ab, über einen Derisking-Ansatz private Investitionen in den ökologischen Umbau der europäischen Industrie zu lenken. In einer detaillierten Analyse des Programms zeigt sie, dass der durch InvestEU verfolgte Derisking-Ansatz in der Tradition der europäischen Sparpolitik steht und die Steuerungsfähigkeit der EU beschränkt. Er dient nicht nur vorrangig dem privaten Finanzsektor, sondern ist auch ungeeignet, um klimapolitische Ziele zu erreichen und zu einer sozial und ökologisch gerechten Transformation der europäischen Industrie beizutragen. Statt »grünem« Wachstum fördert die Strategie vor allem den Erhalt der bestehenden Verhältnisse.

*Tobias Haas, Alina Brad und Etienne Schneider* analysieren die Auseinandersetzungen um CCS in Deutschland. Sie rekonstruieren das Scheitern des ersten Versuchs, die Technologie in den 2000er-Jahren zu implementieren, und arbeiten heraus, dass sich das Spektrum der Befürworter\*innen von CCS in der Zwischenzeit deutlich vergrößert hat. Dies gilt sowohl im Bereich der Industrie als auch auf zivilgesellschaftlichem

und staatlichem Terrain. Das hängt damit zusammen, wie sich die Klimakrise zuspitzt und politisiert, aber auch damit, dass CO<sub>2</sub>-Abscheidung mittlerweile in einem breiteren Anwendungskontext diskutiert wird, nämlich Kohlenstoff als Rohstoff (CCU; *Carbon Capture and Utilization*) oder als Baustein zur Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre mittels negativer Emissionstechnologien zu nutzen. Trotz der Renaissance von CCS sind damit erhebliche Unsicherheiten und Risiken verbunden.

*Stefan Schoppengerd* betrachtet die Bestrebungen zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion als »sozialpartnerschaftliche Stoffwechselfolitik« und analysiert die Rolle der Gewerkschaft in den laufenden Auseinandersetzungen. Im Rahmen der korporatistischen Tradition der Montanmitbestimmung arbeitet er den gewerkschaftlichen Anteil daran heraus, wie ein Dekarbonisierungs-Konsens hergestellt wird, dessen Stabilität zugleich bedingt ist durch den Ausgang von Konflikten über die konkrete geografische Gestalt der Wertschöpfungskette. Größter Pferdefuß der Visionen vollständig CO<sub>2</sub>-freier Stahlproduktion sind allerdings die noch uneingelösten Versprechen der grünen Wasserstoffwirtschaft; daraus ergeben sich Probleme für die Transformationsperspektive, die schwerlich im sozialpartnerschaftlichen Branchenrahmen lösbar sind.

*Simon Schaupp* entwickelt in seinem Beitrag eine Ökologie der Arbeit, in deren Zentrum der Begriff der »Nutzbarmachung« steht. Im Unterschied zum gebräuchlicheren Begriff der »Aneig-

nung«, der die Privatisierung von Natur bezeichnet, ohne dabei ein Verständnis von deren stofflicher Transformation zu ermöglichen, geht es bei der Nutzbarmachung um die menschliche Arbeit, durch die Natur erst zum Teil des Produktionsprozesses wird. Die kapitalistische Nutzbarmachung ist ein widersprüchlicher und konflikthafter Prozess, der einerseits stets die Gefahr der »Vernutzung« von Arbeit und Natur beinhaltet, sich andererseits aber auch an deren Eigensinn brechen kann. Wie Schapp am Beispiel der Bauindustrie zeigt, bilden die oft leidvollen Erfahrungen der Arbeiter\*innen sowie deren praktisches Wissen um den Zusammenhang zwischen der Erschöpfung von menschlicher und nicht-menschlicher Natur einen wichtigen Ausgangspunkt für eine Kritik an der zerstörerischen kapitalistischen Wachstumsdynamik.

In seinem Einspruch setzt sich *Klaus Meier* mit den Klimaneutralitätsszenarien der Chemie-, Stahl- und der Zementindustrie auseinander. Er argumentiert, dass die Dekarbonisierung technisch möglich wäre, dass eine wachsende Industrieproduktion jedoch nicht annähernd mit den in Deutschland produzierbaren Mengen an erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff betrieben werden kann. Die Möglichkeiten für Importe von grünem Strom und Wasserstoff sind begrenzt. Vor diesem Hintergrund sollte, so Meier, eine De-growth-Perspektive entwickelt werden, die auf die Erhaltung eines ökologisch transformierten industriellen Kerns abzielt.

Ebenfalls in einem Einspruch plädiert *Lukas Geisler* für eine Weitung des vielfach angemahnten *labour turn* in der Klimabewegung. Anhand der Auseinandersetzung um die Dondorf-Druckerei in Frankfurt am Main und anderer aktivistischer Interventionen diskutiert er die Reichweite unterschiedlicher Bewegungsstrategien im Konflikt mit der CO<sub>2</sub>-intensiven Bauwirtschaft. Ansätze von Effizienz und Suffizienz müssen, so Geisler, nicht zuletzt die Bewahrung vergegenständlichter »grauer Energie« integrieren, um den Bedarf an Sand und Energie im erforderlichen Maß zu reduzieren.

Jenseits des Schwerpunkts widmen sich *Nora Horn* und *Christoph Scherrer* der politischen Ökonomie der Inflation. Sie unterscheiden die Inflation von Vermögens- und Verbraucherpreisen und zeigen, dass diesen wirtschaftspolitisch sehr unterschiedliche Reaktionen folgen: Während steigende Aktienkurse meist begrüßt werden, werden steigende Preise für Konsumartikel häufig mit einschneidenden geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen beantwortet. Die unterschiedlichen Folgen von und Reaktionen auf verschiedenen Typen von Inflation erklären sie aus einer klassenpolitischen Perspektive, wobei sie Klasse entlang des Eigentums an Produktionsmitteln und Vermögenswerten bestimmen. Der Vergleich der Reaktionen und Maßnahmen zwischen Deutschland und den USA verdeutlicht auch die wesentliche Rolle der Zentralbanken, die mit Blick auf die Klassenverhältnisse wenig überraschend ein-

seitig agiert und die Vermögensinflation begünstigt, wodurch ökonomische Ungleichheiten verstärkt werden.

\*\*\*

Die PROKLA-Redaktion dankt Tobias Kalt, Patrick Klösel und Stefan Schoppenderg für ihre wertvollen Ideen und ihr Engagement als Gastredakteure bei der Planung und Erstellung dieser Ausgabe.

\*\*\*

Am 25. Mai 2024 fand die jährliche Mitgliederversammlung der Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. statt, die die PROKLA herausgibt und den Wissenschaftlichen Beirat und die Redaktion wählt. Redaktion und Beirat wurden in neuer Zusammensetzung gewählt: Wir freuen uns, dass Anne Engelhardt zukünftig die Redaktion verstärkt. Martin Beckmann verlässt die Redaktion und Margit Mayer, Urs Müller-Plantenberg und Gudrun Trautwein-Kalms beenden ihre Tätigkeit für den Beirat. Wir bedanken uns sehr herzlich für ihr langjähriges Engagement und die wichtigen Impulse, mit denen sie die PROKLA mitgestaltet haben, und hoffen, dass sie uns auch zukünftig mit ihren Ideen unterstützen.

## Literatur

- Abels, Joscha / Bieling, Hans-Jürgen (2022): Jenseits des Marktliberalismus? Europäische Industrie- und Infrastrukturpolitik im Zeichen neuer globaler Rivalitäten. In: PROKLA 208 52(3): 429-449. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i208.2004>.
- Hickel, Jason / Kallis, Giorgos (2020): Is green growth possible? In: *New Political Economy* 25(4): 469-486. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598964>.
- Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München.
- Plehwe, Dieter u.a. (2024): Climate Obstruction in the European Union: Business Coalitions and the Technocracy of Delay. In: Brulle, Robert J. u.a. (Hg.): *Climate Obstruction across Europe*. Oxford: 230-346. DOI: <https://doi.org/10.1093/oso/9780197762042.003.0013>.
- Sablowski, Thomas u.a. (2022): Krise und Regulation des Kapitalismus in der Europäischen Union. In: PROKLA 207 52(2): 231-252. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i207.1991>.
- Sander, Hendrik (2023): Zum Potenzial eines grünen Kapitalismus. Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in der Vielfachkrise. In: PROKLA 213 53(4): 745-764. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i213.2079>.
- Tömmel, Ingeborg (1994): Staatliche Regulierung und europäische Integration. Die Regionalpolitik der EG und ihre Implementation in Italien. Baden-Baden.
- Zeller, Christian (2023): Fossile Gegenoffensive – Grüner Kapitalismus ist nicht in Sicht. In: *Emanzipation. Zeitschrift für ökosozialistische Strategie* 7(2): 221-252.

# PROKLA ABO

Wer die PROKLA für sich oder als Geschenk abonnieren möchte, findet ein Abo-Formular auf der Website des Verlages:

[www.bertz-fischer.de/prokla-abo](http://www.bertz-fischer.de/prokla-abo)

Eine Abo-Prämie können Sie sich aus diesen Titeln auswählen (wenn Sie per SEPA-Lastschrift zahlen, sogar zwei!):



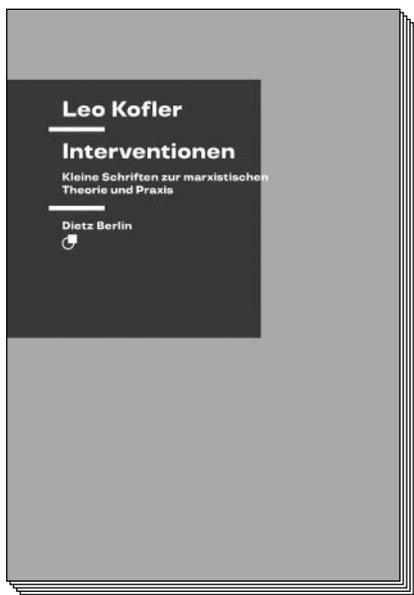
Sebastian Schädler: **Bilder Bildung: Medien und Politik** ♦ Margit Mayer: **Die US-Linke und die Demokratische Partei** ♦ Nina Scholz: **Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co.** ♦ Robin Hahnel/ Erik Olin Wright: **Alternativen zum Kapitalismus** ♦ Decio Machado/ Raúl Zibechi **Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern?**

## Der PROKLA-Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren, und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit ([redaktion@prokla.de](mailto:redaktion@prokla.de)).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. | Postbank Berlin | IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00 | BIC: PBNKDEFF



**Neuerscheinung!**

Kofler gehört zu den herausragenden Gestalten des deutschen Nachkriegs-marxismus. Der Band präsentiert eine Auswahl seiner politisch-publizistischen Interventionen aus vier Jahrzehnten.

**Leo Kofler**  
**Interventionen**  
**Kleine Schriften zur marxistischen Theorie und Praxis**  
*Herausgegeben und eingeleitet von Christoph Jünke*  
256 Seiten, 27,00 €  
ISBN 978-3-320-02420-8



**Neuerscheinung!**

»Feministische Internationale« – Texte feministischer Sozialistinnen und Anarchistinnen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert aus über zehn Ländern und fast allen Kontinenten.

**Vincent Streichhahn (Hrsg.)**  
**Feministische Internationale**  
**Texte zu Geschlecht, Klasse und Emanzipation**  
**1832–1936**  
ca. 184 Seiten, 18,00 €  
ISBN 978-3-320-02421-5



**Dietz Berlin**

dietzberlin.de

# Das neue Buch der editionBlätter

## **DEMOKRATIE** oder **FASCHISMUS** Was heute auf dem Spiel steht

**Auch als  
Abo-Prämie!**



Mit Beiträgen von:  
**Seyla Benhabib, Micha Brumlik, Ágnes Heller,  
Jürgen Habermas, Paul Mason, Arundhati Roy,  
Luiz Ruffato, Irina Scherbakowa u.v.a.**

[blaetter.de/edition-demokratie](http://blaetter.de/edition-demokratie)